Größte Sorge der Europäer sind die hohen Lebenshaltungskosten

Das war das Ergebnis der neuen Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments.

Statistik Austria erhebt regelmäßig, wofür wir unser Geld ausgeben. © Unsplash / Christian Dubovan

Hohe Lebenshaltungskosten - für 93% der Europäer die größte Sorge

In allen **EU**-Mitgliedstaaten sind mehr als sieben von zehn Befragten über die steigenden Lebenshaltungskosten besorgt, mit Spitzenwerten in Griechenland (100%), Zypern (99%), Italien und Portugal (jeweils 98%). In Österreich sind die steigenden Kosten für 89% der Befragten besorgniserregend, in Deutschland für 93%.

Nur ein Drittel mit nationalen Maßnahmen gegen

steigende Kosten zufrieden

Die steigenden Preise, auch für Energie und Lebensmittel, sind in allen soziodemografischen Kategorien wie Geschlecht oder Alter sowie in allen Bildungs- und Berufsschichten spürbar. Im Moment sind die Bürgerinnen und Bürger weder mit den Maßnahmen auf nationaler noch auf EU-Ebene zufrieden. Nur ein Drittel der Europäer (je 33%) ist mit den Maßnahmen zufrieden, die ihre nationalen Regierungen oder die EU ergriffen haben, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten zu bekämpfen. In Deutschland sind 31% (AT 45%) mit nationalen Maßnahmen zufrieden und 27% (AT 39%) mit den EU-Maßnahmen.

In Österreich machen sich beim Thema Lebenshaltung 89 % der Frauen Sorgen, bei den Männern sind es 83 %. © T. Clark Unsplash

Krise bei den Finanzen stark spürbar

Betrachtet man die finanzielle Situation der Bürgerinnen und Bürger, so zeigt die Umfrage, dass die Auswirkungen der Krisen

zunehmend zu spüren sind. Fast die Hälfte der EU-Bevölkerung (46%, AT 33%, DE 40%) gibt an, dass ihr Lebensstandard aufgrund der Folgen der Covid-19-Pandemie, der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Lebenshaltungskostenkrise bereits gesunken ist. Weitere 39% (AT 45%, DE 46%) haben noch keine Einbußen in ihrem Lebensstandard zu verzeichnen, rechnen aber damit, dass dies im kommenden Jahr der Fall sein wird, so dass die Aussichten für 2023 eher düster sind.

Viele kämpfen mit Zahlungsschwierigkeiten

Ein weiterer aufschlussreicher Indikator für die zunehmenden wirtschaftlichen Zwänge ist der gestiegene Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die "meistens" oder "manchmal" mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert sind, ein Anstieg um neun Prozentpunkte von 30% auf 39% (AT 29% , DE 27%) seit Herbst 2021.

Kommentar der Präsidentin des EU-Parlaments

Dazu sagte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola: „Die Menschen sind verständlicherweise besorgt über die steigenden Lebenshaltungskosten. Immer mehr Familien kämpfen darum, über die Runden zu kommen. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, um unsere Rechnungen in den Griff zu bekommen, die Inflation zurückzudrängen und unsere Volkswirtschaften wachsen zu lassen. Wir müssen die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützen.”

So entstand die Studie

Das Eurobarometer Herbst 2022 des Europäischen Parlaments wurde von Kantar zwischen dem 12. Oktober und dem 7. November in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Umfrage wurde von Angesicht zu Angesicht durchgeführt, wobei in Tschechien und Dänemark zusätzlich Videointerviews (CAVI) eingesetzt wurden. Insgesamt wurden 26.431 Interviews geführt. Die EU-Ergebnisse wurden entsprechend der Bevölkerungszahl der einzelnen Länder gewichtet.

Die vollständige Studie finden Sie **hier**.

Quelle: Europäisches Parlament

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at